

Am 10. Oktober 2000 verlieh Bundespräsident Johannes Rau in Berlin dem Vorsitzenden der LAGA NRW den Verdienstorden der Bundesrepublik.

In seiner Begründung für die Ehrung Keltteks sagte Rau:

„Seit vielen Jahren setzt sich der Lehrer in vielfältiger Weise für ein friedliches Zusammenleben zwischen ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürgern ein. Er ist in seiner Heimatstadt im Ausländerbeirat und im Deutsch-Türkischen Verein aktiv. Die Bündelung der Arbeit der kommunalen Ausländerbeiräte auf Landesebene geht auf ihn zurück. Unter seinem Vorsitz

wurde die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte zu einer Institution in der Migrationsarbeit. Besonders liegen ihm die Förderung und Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen am Herzen.“

Auch die nordrhein-westfälische Schul- und Wissenschaftsministerin Gabriele Behler gratulierte dem Diplomportlehrer: „Tayfun Kelttek trug maßgeblich dazu bei, den Unterricht für ausländische Schülerinnen und Schüler zu verbessern und die Chance des gemeinsamen Lernens deutscher und ausländischer Kinder und Jugendlicher zu nutzen“, erklärte die Ministerin. Behler lobte neben den politischen Aktivitäten auch Keltteks innerschulische Arbeit, bei der er sich in hohem Maße um die Förderung und Integration ausländischer Schüler verdient gemacht habe. In landesweiten Fortbildungsveranstaltungen sei er viele Jahre als Moderator und Multiplikator in diesem Zusammenhang tätig gewesen.

Bundesverdienstkreuz für Tayfun Kelttek



Im Rahmen eines Besuchs in der LAGA-Geschäftsstelle erklärte Arbeits- und Sozialminister Harald Schartau:

„Tayfun Kelttek und die LAGA NRW sind sehr gute Beispiele dafür, dass die politische Beteiligung von und die Interessenvertretung durch Migrantinnen und Migranten der Gesellschaft insgesamt zu Gute kommen.“

Die Ehrung von Tayfun Kelttek, der seit mehr als zwanzig Jahren engagiert für die Verständigung zwischen Deutschen und Ausländern arbeitet und streitet, ist somit auch eine Anerkennung der Ausländerbeiräte im Lande.“

Bei einer Feier anlässlich der Ordensverleihung bedankte sich der so Geehrte, und erklärte, dass er die Ehrung seiner Person auch als Anerkennung für die gesamte Arbeit der LAGA, der Ausländerbeiräte und der Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten verstehe.

AUS DEM INHALT:

Mehr Rechte für die kommunalen Migrantenvertretungen

„Die Diskussion entspannen“, Interview mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten des Landtages

Integration und Zuwanderung

Arbeitserlaubnis für Asylbewerber

Mobil gegen Arbeitslosigkeit unter Migranten

Innenministerkonferenz schafft Rechtssicherheit

Sprachförderung für Vorschulkinder

Rechtsextremismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft

Bündnis für Demokratie und Toleranz

Impressum

Januar 2001



Mehr Rechte für die kommunalen Migrantenvertretungen

Im Herbst stellte LAGA-Vorsitzender Tayfun Kelttek dem neuen Migrationsausschuss des Landtages NRW die Arbeit der LAGA und ihre politischen Ziele vor. Hier Auszüge aus seinem Bericht

Sehr geehrte Frau Altenkamp-Nowicki, sehr geehrte Damen und Herren,

Am 8. April 2000 hat in Düsseldorf die diesjährige Mitgliederversammlung der LAGA stattgefunden. ... Es fanden Neuwahlen des Vorstandes statt, die meines Erachtens einen eindeutigen Vertrauensbeweis in die Arbeit der bisherigen Vorstandsmitglieder und der Geschäftsstelle erbrachten. ... Besonders wichtig war und ist mir, dass dem 17köpfigen Vorstand jetzt sechs Frauen angehören. ...

Die Mitgliederversammlung hat sich durch einige Änderungen der Satzung auf die Zukunft eingestellt. Dadurch wurde es nämlich möglich, neben Ausländerbeiräten auch solche Gremien aufzunehmen, die aufgrund der Experimentierklausel der Gemeindeordnung gebildet wurden. Am deutlichsten wird dies durch die Änderung des Namens in „Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen.“

Ich freue mich, dass daraufhin der Beirat für Migration und Zuwanderung in Duisburg und der Ausschuss für Migration und Zuwanderung in Solingen Mitglied der LAGA NRW geworden sind. Damit gehören der LAGA jetzt 96 der 112 landesweit bestehenden kommunalen Migrantenvertretungen an. Weitere haben angekündigt Mitglied werden zu wollen.

Wir werden mit großem Interesse die Arbeit der Gremien in Duisburg und Solingen verfolgen um festzustellen, ob dies Modelle sind, die die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten verbessern. Insgesamt halte ich es aber für dringend erforderlich, die Rechte der kommunalen Migrantenvertretungen in der Gemeindeordnung zu verbessern und zu präzisieren. Über dieses Thema möchte die LAGA möglichst bald in Gespräche mit allen Landtagsfraktionen eintreten. ...

Ich möchte Ihnen jetzt gerne einige Schwerpunkte der derzeitigen und zukünftigen Arbeit der LAGA vorstellen. ... Zur inhaltlichen Behandlung verschiedener Themenbereiche wurden Fachausschüsse und Arbeitskreise eingerichtet. Der Fachausschuss Rechtsfragen hat ein

Kurzgutachten zu der Frage „Was sind die für die Arbeit eines Ausländerbeirats erforderlichen Dinge“ erstellen lassen, da vielfach über diese vage Formulierung in der Gemeindeordnung geklagt wird, die es ihnen unmöglich macht, angemessene Arbeitsbedingungen zu fordern. ...

Der Fachausschuss Schule und Weiterbildung hat das inzwischen landesweit bekannt gewordene und anerkannte Papier „Migration konkret - Die Schulerfolge von Migrantenkindern verbessern“ erstellt. Es wird in ganz NRW auf Veranstaltungen diskutiert. Die schriftlichen Stellungnahmen aus Politik und Wissenschaft, von Lehrerverbänden und sonstigen Fachleuten, werden wir in Kürze veröffentlichen. ...

Die LAGA ist beteiligt am nordrhein-westfälischen Bündnis für Toleranz und Zivilcourage. Hier setzen wir uns dafür ein, dass nachhaltige Maßnahmen ergriffen werden, dass es nicht bei einmaligen plakativen Aktionen bleibt. In einer Ausgabe unseres Infodienstes haben wir das Bündnis zum Schwerpunktthema gemacht. Wir wollen darauf achten, dass die Landesmittel, die jetzt an die Kommunen ausgezahlt wurden, tatsächlich für solche Maßnahmen ausgegeben werden und dass bei der Beschlussfassung darüber die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Migranten beteiligt werden. Das ist leider nicht selbstverständlich, dabei brauchen wir auch Ihre Hilfe.

Das kommunale Wahlrecht für alle seit langem hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist und bleibt eine Hauptforderung der LAGA. Wir werden gemeinsam mit anderen diese Forderung ständig wiederholen, eine Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen in diese Richtung wäre eine nachhaltige, vertrauensbildende Maßnahme, die den von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Betroffenen den Rücken stärkt. ...

Die im Juni 2000 verabschiedete Antidiskriminierungsrichtlinie der EU muss bis Ende 2003 in nationales Recht umgesetzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies möglichst rasch geschieht. Wir werden darauf achten, dass die mit der Aufgabe befassten Stellen wirklich unabhängig arbeiten können

und tatsächlich auch Fälle von institutioneller Diskriminierung in Behörden aufgreifen können. Dieser Aufgabe werden wir unser ganz besonderes Augenmerk widmen. Auch die kommunalen Migrantenvertretungen sind hier einzubinden. ...

Enge Zusammenarbeit mit dem Landessportbund hat dazu geführt, dass dieser seine Position zum Thema „Sport und Migration“ überprüft hat. Voraussichtlich wird der LSB hierzu in Kürze ein Grundsatzpapier verabschieden. ... Wir sind bereit mit dem LSB Maßnahmen zur Umsetzung des Papiers zu entwickeln, wie z.B. Funktionäre in sogenannten Migrantensportvereinen besser qualifiziert werden können.

Gerade dieser zuletzt genannte Bereich erfordert den Einsatz zusätzlicher Mittel. Aber auch davon unabhängig haben Sie meinen Ausführungen, glaube ich, entnehmen können, dass die Arbeit der LAGA sich seit ihrer Gründung 1996 enorm entwickelt hat. Die finanzielle Förderung hat damit leider nicht Schritt gehalten, sie liegt wie 1996 bei 450.000 DM. Wie Sie alle wissen, sind aber die Kosten nicht stehen geblieben, ich nenne hier nur Miet- und Personalkosten. Und die Erwartungen an uns sind mit der Arbeit gewachsen, seien es die Erwartungen der Politik oder der vielen sonstigen Partner, mit denen wir zusammenarbeiten. ...

Die LAGA hat sich formell durch die genannte Satzungsänderung und inhaltlich durch die genannten Schwerpunkte auf die Zukunft eingerichtet.

Unser Wunsch geht dahin, rechtlich verankert zu werden. Dies würde die Förderung auf Dauer absichern.

Außerdem könnten so, nach Hessischem Vorbild, Mitwirkungsrechte auf Landesebene abgesichert werden. Denn leider, das möchte ich zum Abschluss zu bedenken geben, ist es bisher noch nicht selbstverständlich, dass wir als demokratisch legitimierte Vertreter der Migrantinnen und Migranten und damit praktisch von diesen benannte „Ausländerbeauftragte“, wenn man diesen Begriff noch einmal verwenden möchte, zu allen Migranten betreffenden Fragen angehört werden.

„Die Diskussion entspannen ...“

Interview mit Britta Altenkamp-Nowick, Vorsitzende des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten des nordrhein-westfälischen Landtages

Das obige Zitat hat sich die neue Vorsitzende des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten des nordrhein-westfälischen Landtages, Britta Altenkamp-Nowicki, vorgenommen. Die 36jährige SPD-Parlamentarierin ist nach der Landtagswahl vom Mai 2000 zur neuen Vorsitzenden des erst 1995 gegründeten Ausschusses gewählt worden.



Britta
Alten-
kamp-
Nowicki

Was sind die wichtigsten Aufgaben, die 2001 auf der Agenda der Migrationspolitik stehen?

Es gibt sehr viele Komplexe, die angegangen werden müssen. Der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Migranten sowie Verbesserungen im Bildungswesen stehen sicher ganz oben auf der Prioritätenliste. Dabei kann das Land Nordrhein-Westfalen nicht viel selber finanzieren. Wir werden uns darauf beschränken müssen, Anschubfinanzierungen zu leisten und die Kommunen in ihren Bemühungen um eine verbesserte Integration zu unterstützen.

In diesem Jahr wird die Debatte um die Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland weiter geführt werden müssen. Wie positioniert sich das Land NRW?

Als Land werden wir erst einmal abwarten müssen, was die Zuwanderungskommission vorschlägt. Wichtig ist, dass wir in einer entspannteren Atmosphäre über die Gestaltung der Einwanderung diskutieren können. Ich bin eigentlich ganz optimistisch, dass das gelingen

kann. Der Antrag der CDU-Landtagsfraktion „Einheit in Vielfalt“ ist hierbei sehr hilfreich. So können wir die Debatte versachlichen. Wer ehrlich um Integration und die Einbeziehung der Migrantinnen und Migranten auch in die Politik bemüht ist, wird sich daran messen lassen müssen.

Stichwort Einbeziehung in die Politik: Was müsste der Landesgesetzgeber Ihrer Auffassung nach ändern, um die Position der Ausländerbeiräte zu stärken?

Ich glaube gar nicht, dass in erster Linie der Gesetzgeber gefragt ist. Einmal nutzen viele Ausländerbeiräte die Möglichkeiten, die Sie haben, nicht immer optimal. Andererseits sind die Politiker vor Ort gefragt. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wenn in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf Sanierungsbeiräte und Politik über die Perspektiven ihrer Viertel debattieren, dann muss man die Migranten mit ihren spezifischen Interessen von Anfang an mit einbeziehen. Und wenn es Verständigungsprobleme gibt, muss man eben muttersprachliche Übersetzer hinzuziehen.

Gerade Kommunalpolitiker äußern oft die Ansicht, dass Migranten sich bewusst von der Mehrheitsgesellschaft abkapseln und Ghettos bilden. Sie glauben, dass es die Migranten seien, die nicht einbezogen werden wollten.

Es stimmt, dass es insbesondere in den Großstädten des Landes in den vergangenen Jahren zu einer Segregationstendenz gekommen ist. Aber daran sind doch nicht die Migranten schuld. Gerade die Migranten der zweiten und dritten Generation wissen, wo die Grenzen ihrer Integrationsbemühungen sind, wenn sie trotz guter Schul- und Berufsausbildung schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Oder wenn hochemotionalisierte Debatten um das angebliche Ende der abendländischen Kultur geführt werden, wenn Muslime gerne eine Moschee bauen würden. Kein Wunder, dass sich viele mehr geduldet als akzeptiert fühlen und sich in parallelen sozialen Systemen zurück ziehen. Wer also Ghettoisierung vermeiden will, wird die Interessen der Migranten ernst nehmen müssen. Das geht nur

über Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse.

Ein weiterer wichtiger Komplex ist die Sprachfähigkeit von Kindern, die die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn sind. Was halten Sie von dem neuen Projekt des Schulministeriums, mit Kindern, die vor der Einschulung stehen, gezielte Sprachförderung zu betreiben?

Die Idee ist vernünftig. Wenn man bei der Anmeldung von Schulkindern Sprachdefizite feststellt, dann sollte man die rund sieben Monate, die dann bis Schulbeginn bleiben, nutzen, um Defizite auszugleichen. Aber das reicht natürlich nicht. Bereits in den Grundschulen wird sich auf Dauer viel verändern müssen, um die Bedürfnisse, aber auch die Fähigkeiten der Migrantenkinder besser in den Unterrichtsablauf zu integrieren.

Es steht doch fest, dass Kinder eine Sprache richtig sprechen können müssen, um auch eine andere gut zu erlernen. Das kann auch die Muttersprache sein. Darauf müssen sich Schulen und Schulpolitik einstellen.

Insbesondere wenn es schon bald ab der dritten Klasse Englisch als Fremdsprache geben soll. Für Migrantenkinder ist das nicht die zweite, sondern bereits die dritte Sprache. Mir wird angst und bange, was das für Probleme für diejenigen mit sich bringt, die schon jetzt Schwierigkeiten haben, sich in zwei Sprachen zurecht zu finden.

Wäre es nicht angebracht, Migrantenkindern in diesem Zusammenhang, im Rahmen einer koordinierten Alphabetisierung ab der dritten Klasse muttersprachlichen Unterricht statt Englisch anzubieten?

Nach meiner persönlichen Auffassung ja. Aber dafür bräuchten wir in erster Linie sehr viel mehr gut ausgebildete muttersprachliche Lehrer und flexiblere Lehrpläne.

Das Gespräch führte Susana dos Santos Herrmann für die Redaktion von Migration.

CDU-Programm zur Integration

LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek sieht viele richtige Forderungen

Während in Berlin der Vorsitzende der CDU-Fraktion Friedrich Merz eine gefährliche Debatte um die „deutsche Leitkultur“ führte, legte die Landtagsfraktion der CDU in Nordrhein-Westfalen ihr Programm „Einheit in Vielfalt – Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration“ vor.

In einem ersten Teil beschreibt das von Jürgen Rüttgers (Vorsitzender der NRW CDU) und dem migrationspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Willi Zylajew vorgestellte Diskussionspapier die Lage der Migranten in Nordrhein-Westfalen. Besondere Schwerpunkte bilden Schule und Ausbildung, Arbeitsmarkt sowie Verwaltung, Vereine und Medien. Ausgehend von der von der LAGA NRW geteilten These, dass die Integration auf der Grundlage des Grundgesetzes stattfinden soll, wird festgestellt, dass die Beherrschung der deutschen Sprache das wichtigste Instrument für eine erfolgreiche Integration sei. Mangelnde Deutschkenntnisse insbesondere von Kindern und Frauen müssten durch entsprechende Förderung bekämpft werden.

„Leider“, so Tayfun Keltek, „erkennt die CDU dabei aber nicht die Bedeutung der Muttersprache.“ Das Konzept des muttersprachlichen Unterrichts als weitgehend ineffektiv zu bezeichnen und die Förderung „in beiden Sprachen“ zu fordern, verkenne die Tatsachen. Denn der muttersprachliche Ergänzungsunterricht sei freiwillig und nicht versetzungsrelevant und gehe auch nicht auf Kosten des Deutschunterrichts. Gerade angesichts der richtigen Analyse der CDU, dass die Mehrsprachigkeit in einer globalisierten Weltwirtschaft ein immer wichtigerer Bestandteil der beruflichen Qualifikation sei, müsse der muttersprachliche Unterricht gestärkt werden. Keltek: „Die Muttersprache ist für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund die Grundlage der Mehrsprachigkeit. Es wäre geradezu Vergeudung, dieses Potenzial verkümmern zu lassen.“ Ebenso kritisiert Keltek, dass die CDU bei der Sprachförderung Realschulen und Gymnasien nicht nennt. Auch hier sei Förderung notwendig, um den Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf dem Weg zu höheren Schulabschlüssen zur Seite zu stehen.

Andererseits begrüßt der LAGA-Vorsitzende die CDU-Forderung nach Ein-

Einheit in Vielfalt

Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration

Aus der Einleitung des Programms der CDU-Landtagsfraktion NRW

Wir stehen heute vor neuen und großen Herausforderungen unserer Integrationskraft. Die Integration der ausländischen Mitbürger und der deutschen Spätaussiedler ist eine vorrangige landes- und gesellschaftspolitische Aufgabe. Unser Land ist attraktiv für viele Menschen aus anderen Ländern und Kulturen. Mitbürger ausländischer Herkunft, die rechtmäßig und dauerhaft bei uns leben, müssen in unser Gemeinwesen integriert werden. Integration ist nicht Assimilation. Sie verlangt nicht die Preisgabe von Andersheiten, von religiösen und weltanschaulichen Identitäten und von gewachsenen Traditionen. Unser Gemeinwesen ist von jeher pluralistisch und muss es bleiben. Die Integration von Mitbürgern ausländischer Herkunft bereichert die Vielfalt.

Von gelungener Integration kann andererseits aber auch nur dann die Rede sein, wenn die Einheit in der Vielfalt der Gesellschaft gewahrt bleibt. Die Einheit wird von den Grundwerten gestiftet, die ihren für alle verbindlichen Niederschlag in der Verfassung gefunden haben. Vielfalt und Einheit sind keine Alternativen in unserem Gemeinwesen. Nicht zuletzt deshalb ist es attraktiv für Menschen aus anderen Ländern und Kulturen. Bereicherung der Vielfalt und Wahrung der Einheit in der Vielfalt: Nur wer beides will, will Integration. Wer eines von beiden auf Kosten des anderen will, grenzt aus. (...)

führung eines Fachs islamische Religionskunde unter den gleichen formalen Bedingungen, wie jetzt katholische und evangelische Religionslehre erteilt wird. Ebenso positiv bewertet Keltek die Anerkennung der selbständigen Migranten, die man weiter fördern will.

Im Bereich der Sicherheitspolitik schließt sich die CDU einer alten Forderung migrationspolitischer Organisationen an. Um das Vertrauen in die Polizei zu stärken, sollten mehr Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Zugleich sollen „ausländische Mitbürger vor spezifischen Bedrohungen mit fremden-



Fotos: arbeiterfotografie

Zwei Jahre nach der umstrittenen Kampagne zur doppelten Staatsbürgerschaft (Bild 30. Januar 1999 in Köln auf der Schildergasse) legt die CDU in Nordrhein-Westfalen ein umfassendes Integrationsprogramm vor. Ein positives Diskussionsangebot, das MigrantInnen annehmen sollten.

feindlichem Hintergrund besser geschützt werden und besondere Ermittlungseinheiten gegen ausländerfeindlich motivierte Gewalt verstärkt werden.“

Integration und Zuwanderung

Ergebnisse einer aktuellen Umfrage unter der türkischstämmigen Bevölkerung NRW

Im Auftrag des NRW-Sozialministeriums hat das Zentrum für Türkeistudien eine empirische Befragung zum Stimmungsbild der größten Gruppe der Migranten, der türkischstämmigen Bürger, im Land durchgeführt. Die Ergebnisse dieser bisher bundesweit einzigen Repräsentativumfrage wurden Minister Harald Schartau im November 2000 vorgelegt.

Die Studie stützt sich auf die Befragung von insgesamt 1000 türkischen Migrantinnen und Migranten, die repräsentativ ausgewählt wurden. Sie kommt zu teilweise erstaunlichen Ergebnissen, zeigt Fortschritte und Defizite bei der Integration auf.

Positiv zu verzeichnen ist die Tatsache, dass die Integration der Türkinnen und Türken in NRW zunimmt. Ein großer Teil (38,3%) lebt bereits länger als 20 Jahre in Deutschland. Nur noch 14 % sind erstmals als Gastarbeiter eingereist, während schon 22 % in der Bundesrepublik Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

Positiver als vielleicht erwartet sieht es beispielsweise bei den Kontakten zur deutschen Mehrheitsbevölkerung aus. 32 % geben an, Kontakte durch Familie und Verwandtschaft zu haben. Und: Gerade jede fünfte Familie wohnt in ethnisch geprägten Stadtvierteln. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl rückläufig!

Alles in allem spiegelt die aktuelle Umfrage eine positive Tendenz wider: Vor allem die Aussagen zu konkreten Lebensbedingungen und der Lebenszufriedenheit in Deutschland, die steigende Identifikation mit dem Aufenthaltsland, der zunehmende Erwerb von Wohneigentum, die nachlassende Ghattobildung, die rückläufige Rückkehrneigung und die zunehmende Einbürgerung zeigen ein auch in der Entwicklung positives Bild.

Lediglich ein Feld der Befragung fällt völlig aus dem Rahmen dieses positiven Bildes: Bei der politischen Integration in das Einwanderungsland Deutschland zeigen sich erhebliche Defizite.

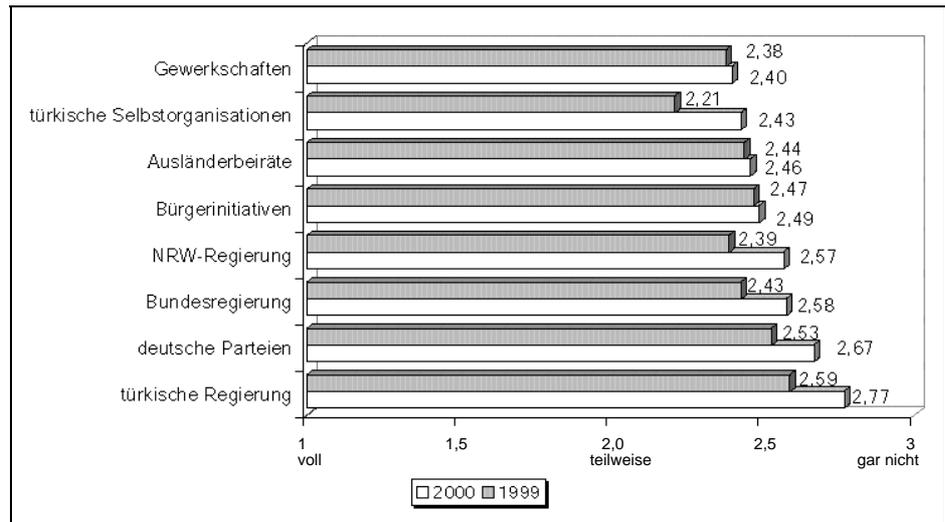
Nach wie vor ist das Interesse der türkischstämmigen Migranten an türkischer Politik höher als an deutscher, wenngleich das Interesse am politischen Ge-

schehen in Deutschland leicht steigt. Bei Eingebürgerten und Einbürgerungswilligen ist dieses Interesse deutlich stärker ausgeprägt. Allerdings sieht eine breite

derbeiräte liegen dürfte.

Nach Auffassung der LAGA muss die schlechte politische Integration der Migranten ebenso entschlossen bekämpft

Interessenvertretung durch Institutionen 1999 und 2000 (Mittelwert)



* Mittelwert auf einer dreistelligen Skala 1 = volle Interessenvertretung, 2 = teilweise Interessenvertretung, 3 = gar keine Interessenvertretung

Mehrheit ihre Interessen gar nicht oder höchstens teilweise durch die Institutionen vertreten. Am ehesten trauen die Migranten eine Interessenvertretung den türkischen Selbstorganisationen und den deutschen Gewerkschaften zu. Hierin bestätigt die aktuelle Studie die Ergebnisse einer Studie aus Mitte der 90er Jahre, die von dem renommierten Mannheimer Soziologen Manfred Esser im Auftrag der Friedrich Ebert-Stiftung durchgeführt wurde. Damals wie heute sieht man sich in den deutschen Parteien so gut wie gar nicht vertreten, diese schneiden, neben der türkischen Regierung, am schlechtesten ab.

Aber auch die Bundes- und Landesregierung werden nur von einem kleinen Teil als Interessenvertreter gesehen, sogar die kommunalen Migrantenvertretungen erhalten hier bessere Werte (s. Tabelle). Doch auch für diese gilt: Ihre Fähigkeit, die Interessen der türkischstämmigen Bevölkerung in NRW zu vertreten, wird als äußerst gering bewertet. Was auch an den formal geringen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Auslän-

werden wie alle anderen Integrationsdefizite auch. Vor allem die Diskrepanz zwischen dem steigenden Interesse am politischen Leben, insbesondere der Eingebürgerten, und der negativen Wahrnehmung der Interessenvertretung müsse angegangen werden. Wenn das Vakuum nicht durch herkunftsländorientierte Gruppen gefüllt werden soll, müssten sich die deutschen Parteien intensiver auch um die Stärkung der Interessenvertretungen der Migranten bemühen. So warnen denn auch die Autoren der aktuellen Studie: „Um die Integration auch im politischen Leben voranzutreiben und das bisher nur geringe Interesse der Migranten an der politischen Situation in der Bundesrepublik zu stärken, könnten hier weitere Anstrengungen unternommen werden. Dies ist vor allem deshalb für die politisch Verantwortlichen relevant, da ein Viertel der Migranten in Kürze wahlberechtigt sein wird.“ Bei tendenziell sinkender Wahlbeteiligung könnten die Stimmen der Migranten durchaus wahlentscheidend sein!

Ausländerbeirat Paderborn macht mobil gegen die hohe Arbeitslosigkeit unter Migranten

Die Zahlen sprechen für sich, unter den Arbeitslosen belegen Migranten leider auch in Paderborn eine traurige Spitzenposition. Die Gesamtquote der Arbeitslosigkeit in Paderborn liegt bei 8,4 Prozent, während sie unter Migranten einen Anteil von 17 Prozent ausmacht. Hiervon sind wiederum etwa ein Sechstel unter 25 Jahre alt.

Schaut man auf die Ursachen, wird schnell klar, dass die Hauptursache für Arbeitslosigkeit unter Migranten – und besonders unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund – eine fehlende Berufsausbildung ist.

Denn 80 Prozent der arbeitslos gemeldeten Migranten haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Von diesen Fakten ausgehend, lud der Vorsitzende des Paderborner Ausländerbeirats, Engin Sakal, zu einer Auftaktveranstaltung ins Rathaus. Experten berichteten über Erfahrungen und mögliche Wege aus der Misere.

So stellte auch Wolfgang Fehl das Kölner Projekt „Pro Qualifizierung“ vor. Kern seiner Botschaft: Der Wirtschaft komme die Hauptaufgabe zu, jugendliche Migranten für eine Ausbildung zu gewinnen. Es müsse aber auf unterschiedlichen Feldern Überzeugungsarbeit geleistet werden. Sie beginne zu Hause. Eltern müssten das duale Ausbildungssystem Deutschlands und seine Bedeutung für die Chancen ihrer Kinder richtig kennenlernen. Mehrsprachige Informationsdienste, Berufsmärkte oder Azubi-Stammtische könnten Jugendliche mit Migrationshintergrund motivieren, nach der Schule nicht gleich eine unqualifizierte Arbeit anzunehmen, die langfristig keine Perspektive bietet, sondern zunächst eine Ausbildung zu machen. Auch die vielen Unternehmen von Migranten müssten stärker in den Ausbildungsmarkt integriert werden, mahnte Fehl.

Erste Konsequenzen aus der Paderborner Tagung wurden bereits gezogen. Ein Azubi-Stammtisch wurde gegründet – von einem türkisch-stämmigen Auszubildenden. Außerdem kündigte Engin Sakal an, dass der Beirat die Situation weiter beobachten werde und Handlungsvorschläge machen wird, um mehr Migranten in Arbeit zu bringen.

Ein Anliegen, dass auch der NRW-Arbeitsminister Harald Schartau bei einem

Gespräch mit dem LAGA-Vorstand, als besonders wichtig einstuft. Schartau: „Ich will noch stärker als bislang die frühzeitige und umfassende Qualifizierung von vor allem jungen Menschen aus Zuwandererfamilien vorantreiben. Dabei können die örtlichen Ausländerbeiräte wichtige Partner sein, die als Multiplikatoren in ihren Städten und Gemeinden wirken.“

Arbeitserlaubnis für Asylbewerber

Was bringt die Neuregelung für Flüchtlinge in Deutschland?

Marieluise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, verkündete es nicht ohne Stolz: Das Ende des jahrelangen Arbeitsverbotes für Asylbewerber. Seit dem 1. Januar 2001 können Asylbewerber Arbeit aufnehmen, wenn sie seit mindestens einem Jahr in der Bundesrepublik leben und sich kein Deutscher oder arbeitsrechtlich gleichgestellter Migrant für die Stelle findet.

Derzeit könnten rund 85.000 Männer und Frauen bundesweit von der neuen Regelung profitieren. Insbesondere in den Dienstleistungsbranchen Gastronomie und Gebäudereinigung, aber auch in der Landwirtschaft werden Arbeitskräfte gesucht. Die Bundesregierung hofft, dass bis zu 80 Prozent der Asylbewerber auf dem Weg eine Arbeit finden und auf Sozialhilfe verzichten können.

Menschenrechtsorganisationen, die sich um Asylbewerber in der Bundesrepublik kümmern, sind allerdings pessimistisch. Denn einige Bundesländer, darunter auch Nordrhein-Westfalen, wollen an Sperrlisten für bestimmte Berufsgruppen festhalten. In diesen Branchen könnten Asylbewerber auch weiterhin keine Arbeit aufnehmen. In NRW fallen laut Landesarbeitsamt auch Berufe wie Raumpfleger oder Lagerhelfer unter die Sperrlisten. Chancen werden sich daher in erster Linie für einfachste Tätigkeiten in der Müllentsorgung und -verwertung oder bei der Ernte in der Landwirtschaft ergeben.

Pro Asyl warnt bereits davor, dass der bürokratische Aufwand, der mit der Neuregelung einhergeht, Arbeitgeber auch abschrecken kann und arbeitswillige Asylbewerber in die ungeschützte Schwarzarbeit gedrängt werden. Das sieht man in den Arbeitsämtern durchaus ähnlich. Eine Sprecherin des Landes-

NEU

THEMEN DER RECHTEN- THEMEN DER MITTE

Rechtsextreme Einflüsse auf Debatten zu Migration, Integration und multikulturellem Zusammenleben

Medienexpertise im Auftrag der LAGA von
Prof. Dr. Christoph Butterwegge und Alexander Häusler

arbeitsamtes NRW meinte, dass die Sperrliste immer kleiner werde.

Und so geht es:

Will ein Arbeitgeber einen Asylbewerber einstellen, muss er einen Antrag an das zuständige Arbeitsamt stellen. Findet dieses innerhalb von vier Wochen keinen Arbeitslosen für die Stelle, kann der Asylbewerber die Stelle antreten.

Im Falle von danach wieder eintretender Arbeitslosigkeit erhalten Asylbewerber, wie andere Arbeitnehmer auch, Arbeitslosengeld.

Innenministerkonferenz schafft Rechtssicherheit

Dauerhaftes Bleiberecht für bosnische Kriegsflüchtlinge

„Otto Schily ist eben nicht Manfred Kanther“, stellt Reinhard Hocker vom Kölner Unterstützerkreis für von Abschiebung bedrohte Kinder und Jugendliche fest. Ende November 2000 beschloss die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern ein dauerhaftes Bleiberecht für traumatisierte bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge. Diese Menschen müssen nun nicht mehr mit ihrer Rückführung nach Bosnien rechnen, sondern erhalten einen Rechtsanspruch auf einen dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Das sei ein großer Erfolg, so Hocker, wenn auch letztlich zu kurz gegriffen. Seiner Auffassung nach hätte die Regelung auch für nicht-traumatisierte Flüchtlinge gelten müssen, die sich hier in der Ausbildung befinden oder alleinerziehend sind.

Sprachförderung für Vorschulkinder

Sofortprogramm soll künftigen Schulkindern helfen

Mit einem Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2000, stellt das Land NRW schon für das bald beginnende zweite Schulhalbjahr 1,2 Millionen DM für Sprachkurse zur Verfügung. Durch diese „Zuweisungen an Gemeinden für Grundschulen zur vorschulischen und schulischen Förderung in der deutschen Sprache für Kinder aus Migrantenfamilien“ genannten Mittel, sollen Sprachdefizite frühzeitig behoben werden. Das Land hofft, mit einer frühen Förderung die Schulerfolge von Migrantenkindern verbessern zu können. Endgültige Richtlinien für die Förderung will das NRW-Schulministerium erst nach dem ersten Förderjahr erlassen. In einem Brief fordert das Ministerium die LAGA und die kommunalen Migrantenvertretungen ausdrücklich zu Vorschlägen und Kritik auf, die dann berücksichtigt werden können.

Die vorläufig geltenden Förderrichtlinien sehen vor, dass ein Festkostenzuschuss in Höhe von DM 3.000 pro Sprachkurs an Städte und Gemeinden in ihrer Eigenschaft als Schulträger erfolgt. Jeder Sprachkurs muss für mindestens zehn Kinder ausgerichtet sein. Dabei sollen die Schulen in der Einschulungsphase besonders auf die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder aus Migrantenfamilien achten, und die Eltern gegebenenfalls von der Notwendigkeit einer Förderung überzeugen. Kinder, die gefördert werden sollen, erhalten dann nachmittags in den Schulen Deutschunterricht. Dabei orientieren sich die Inhalte der Sprachkurse „an den Handreichungen zum Vorkurs vor dem Lese- und Schreiblehrgang in den Empfehlungen für Deutsch als Zweitsprache“, heißt es in den Richtlinien.

Die LAGA NRW empfiehlt ihren Mitgliedern darauf zu achten, dass die Städte und Gemeinden entsprechende Kurse einrichten und die ihnen zustehenden Mittel abrufen. Dabei merkt LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltok bereits kritisch an, dass sich die Richtlinien allein auf neu einzurichtende Kurse beziehen und bestehende Strukturen nicht genutzt werden. Ebenso kritisiert er, dass die Kurse nicht in den Kindergärten stattfinden sollen, wo sich aber die meisten Kinder bereits befinden. Dennoch: Das jetzt aufgelegte Förderprogramm war längst fällig und wird in der Zukunft wohl eher ausgebaut werden müssen.

Rechtsextremismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft

Expertise im Auftrag der LAGA bestätigt These von Heitmeyer

Gleich beim ersten Treffen des Bündnisse für Toleranz und Zivilcourage stellte Professor Wilhelm Heitmeyer provozierend fest, dass rechtsextreme Tendenzen und Rassismus keine Randerscheinungen seien, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kämen. Die LAGA NRW hat nun als Mitglied des nordrhein-westfälischen Bündnisses eine Expertise bei dem Politologen Prof. Butterwegge in Auftrag gegeben, die Ende Januar 2001 der Presse vorgestellt wurde. Der Kölner Wissenschaftler bestätigt durch seine Untersuchung Heitmeyers These. Deutlich heißt es u.a., dass Rechtsextremismus beileibe kein Unterschichtphänomen ist. „Und erst recht sind die autoritären Einstellungen dahinter ein Problem der bürgerlichen Mitte geblieben, die sich bereitwillig zur staatlichen Protestkundgebung gegen den Rechtsextremismus versammelt, die NPD verbieten möchte, mit dem Finger auf ein paar Außenseiter am Rande zeigt und guten Gewissens unverändert die Reflexion über ihre eigenen Widersprüche, Ängste und Ressentiments abwehrt.“

Mit vielen zitierten Beispielen belegt Butterwegge auch, dass Politiker der etablierten Parteien durch unbedachte oder beabsichtigte Äußerungen, rechtsextreme Parteien und ihre menschenfeindliche Ideologie bestätigen. Interessierte können die Studie bei der LAGA bestellen oder ab Ende Januar aus dem Internet herunterladen: www.laga-nrw.de



Fotos: arbeiterfotografie

Bündnis für Demokratie und Toleranz wird aktiv

Bundesregierung stellt Mittel zur Verfügung

Das bereits im Mai 2000 von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin und Bundesinnenminister Otto Schily initiierte „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ wird im neuen Jahr richtig aktiv. In Berlin stellte die parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium Cornelia Sonntag-Wolgast die geplanten Aktivitäten vor.

Seit neuestem hat das Bündnis eine Geschäftsstelle und einen Etat von 1,3 Millionen DM. Geschäftsführer Arnold kündigte an, dass das Bündnis in erster Linie bestehende Organisationen unterstützen und bekannt machen wolle. In einer Mitteilung der Geschäftsstelle werden mehrere konkrete Projekte vorgestellt, die im Laufe der nächsten Monate realisiert werden sollen. Dazu gehören Informations- und Lehrmaterial für den Berufsschulunterricht, „um bei Azubis frühzeitig Vorurteile gegen ausländische Arbeitnehmer abzubauen.“ erklärte Geschäftsführer Arnold und fügte hinzu, dass man mit Einzelgewerkschaften zusammenarbeiten wolle, die auf diesem Gebiet bereits Konzepte entwickelt hätten.

Außerdem will man ein „Lexikon der Initiativen“ herausgeben, das die bestehenden Initiativen und Aktivitäten des bundesweiten Bündnisses vorstellt.

Auch eine Untersuchung „ob und wie sich rassistische Wortwahl beziehungsweise Verhaltensweisen in Institutionen bemerkbar machen“ wird erfolgen und die Erstellung von Empfehlungen für die Bildungspolitik und die Wertevermittlung.

Wichtige Termine zum Vormerken

Hauptausschusssitzungen: 3.2.2001 in Paderborn sowie am 12.5.2001 und 29.9.2001

Mitgliederversammlung am 27.10.2001 in Oberhausen

Neue Internetadresse für neues Ministerium

Mit der Ernennung von Harald Schartau zum neuen Arbeits und Sozialminister in NRW ist auch der Zuschnitt des Ministeriums verändert worden. Der vollständige Name lautet: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie. Die neue Internetadresse: www.masqt.de

Personeller Wechsel in der Geschäftsstelle

Mit dem 30. September 2000 ist Ali Hakan Saribas, der seit der Gründung der LAGA NRW als Referent in der Geschäftsstelle tätig war, auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Vorstand und Geschäftsstelle möchten sich auf diesem Weg noch einmal für sein Engagement, das weit über das Normale hinaus ging, bedanken und ihm viel Erfolg im weiteren beruflichen und privaten Leben wünschen.

Sein Aufgabengebiet hat Siamak Pourbahri (Bild) übernommen, der bereits für die LAGA NRW als freiberuflicher Mitarbeiter tätig gewesen ist. Insbesondere bei allen Fragen zum Thema Seminare und Fortbildung ist er der Ansprechpartner.



Seminarprogramm der LAGA NRW

Das Seminarprogramm der LAGA NRW für das 1. Halbjahr 2001 befindet sich derzeit in Druck und wird Anfang Februar den kommunalen Migrantenvertretungen und interessierten Einzelpersonen und Organisationen zugeschickt. Dann kann es auch im Internet unter der Adresse www.laga-nrw.de abgerufen werden. Auf einige Seminare möchte die LAGA bereits heute hinweisen:

„Integration konkret : Die Schulerfolge von Migranten verbessern“

Das LAGA-Papier zur Bildungspolitik „Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“ stößt auf große Zustimmung – das zeigen öffentliche Veranstaltungen, Gespräche und Stellungnahmen von Parteien, Verbänden, Wissenschaftlern und anderen Institutionen. Aber es bleiben Fragen offen:

Wie können die Vorschläge konkret vor Ort verwirklicht werden?

Welche positive Rolle kann hierbei der örtliche Ausländerbeirat spielen?

Das Seminar soll sich mit diesen Fragen beschäftigen und wird allen kommunalen Migrantenvertretungen zur Durchführung „vor Ort“ angeboten. Möglichst sollten sich Gremien benachbarter Städte zu einer gemeinsamen Veranstaltung zusammenfinden. Es sollen positive Beispiele gesammelt, Aktionsbeispiele vorgeführt und typische Situationen durchgespielt werden, um die Teilnehmer zu qualifizieren.

Fachtagungen für Geschäftsführer/innen der kommunalen Migrantenvertretungen

Mittlerweile sind diese Tagesseminare in der Geschäftsstelle zu einer guten Tradition der Zusammenarbeit geworden. In diesem Halbjahr finden bereits das 10. und 11. Treffen dieser Art statt. Schwerpunkte werden die Themen „Migration & Gesundheit“ sowie „Das Internet als Informationsquelle in der Migrationsarbeit“ sein. Unabhängig von der Beschäftigung mit diesen inhaltlichen Fragen sind die Fachtagungen zu einer unverzichtbaren Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs der Geschäftsführer/innen untereinander und mit der LAGA NRW geworden.

Vereinsmanagement für Migranten-sportvereine

Dieses Seminar findet in Kooperation mit dem Landessportbund am 31. März in Duisburg statt. Der Schwerpunkt dieses praxisorientierten Seminars liegt darin, den Migranten-sportvereinen Kompetenz in der Führung eines Vereins zu vermitteln.

11. Bocholter Forum

Nach dem großen Erfolg der Jubiläumsveranstaltung im Herbst mit weit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden die Landeszentrale für politische Bildung, die Spanische Weiterbildungsakademie und die LAGA NRW das 11. Bocholter Forum vom 22.– 24. Juni 2001 wieder mal in der idyllischen Stadt an der niederländischen Grenze durchführen.

Auch dieses Jahr werden Sie Gelegenheit haben, mit Prominenten aus Politik und Wissenschaft aktuelle migrationspolitische Fragen zu diskutieren.

Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen
Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: LAGA-NRW@t-online.de
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:
Ulrich Bechmann, Kemal Cavdar,
Tayfun Kelttek, Franz Paszek,
Siamak Pourbahri,
Susana dos Santos Herrmann
(redaktionelle Koordination),
Enver Şen, Bayram Ucar

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:
Forschungsgruppe FOKUS, Köln
Druck: Druckerei Kaul, Köln